

**Interpellation:**

**Tourismusresort Andermatt: Auswirkungen und Massnahmen betreffend Integration und Wohnformen**

Gemäss dem Erläuterungs- beziehungsweise Nachhaltigkeitsbericht über die Richtplananpassung Urserental (Kt. Uri, Justizdirektion, 12.12.2006) wird bei vollständiger Realisierung des Andermatt Tourismusresort mit einer geschätzten Zunahme der Bevölkerung von ca. 2'800 (inkl. Nachzug von Familienmitgliedern); das sind bezogen auf den Kanton Uri +8%, bezogen auf Andermatt +218% gerechnet. Dabei werden allerdings ein Anteil davon Kurzaufenthalter sein, die also nicht ständigen Wohnsitz in der Region haben.

Das Grossprojekt wird jedoch aufgrund der Zukunftsvorstellungen trotzdem gewaltige Auswirkungen auf die Integration von fremdsprachlichen Jugendlichen und Erwachsenen im Kanton Uri haben. Auch die Wohnmöglichkeiten, die man diesen Menschen anbieten wird oder anbieten kann, werden starke Veränderungen mit sich bringen. Ebenso werden wir alle mit der Inbetriebnahme des Tourismusresorts in Andermatt konfrontiert und werden erleben, dass hinter den genannten Zahlen Menschen mit all ihren Hoffnungen, Bedürfnissen und Ängsten stehen.

Gestützt auf Artikel 84, Geschäftsordnung des Landrates wird der Regierungsrat um Auskunft über die nachstehenden Fragen ersucht, die sich auf den Zeitraum ab der Inbetriebnahme des Tourismusprojekts Andermatt (nicht Bauphase) konzentrieren.

**Fragen:**

1. Nach welcher Strategie und mit welchen Mitteln und Massnahmen gedenkt der Regierungsrat die Integration dieser Arbeitskräfte im Resort selbst und im Umfeld zu bewältigen?
2. Welche Bedeutung misst der Regierungsrat der sprachlichen Integration der nicht schulpflichtigen Familienangehörigen bei und wie will er sie fördern?
3. Welche Wohnformen gedenkt der Regierungsrat zu fördern, um ein geordnetes Zusammenleben dieser Menschen aus verschiedenen Kulturen, ohne sie zu ghettoisieren, ermöglichen zu können?
4. Können aus der Sicht des Regierungsrates bestehende Infrastrukturen (z.B. Bundesbauten) für bauliche Bedürfnisse der öffentlichen Hand genutzt werden und wie würde diese Nutzung im Konkreten aussehen?

Mit freundlichen Grüssen

Erstunterzeichner:

Zweitunterzeichner:

.....

.....

Urs Dittli-Kilchherr

Urban Camenzind

## **Begründung**

Die vielen Menschen, die dank dem Tourismusresort Andermatt in unseren Kanton Arbeit finden werden, nehmen wahrscheinlich auch zu einer grossen Zahl in unserem Kanton ihren Wohnsitz ein. Dies wird für uns alle eine grosse Herausforderung werden. Die meisten von uns können sich noch an Friedrich Dürrenmatts Ausspruch in den 60er Jahren erinnern: "Wir holten Arbeitskräfte und es kamen Menschen." Seit dieser Zeit ist uns bewusst, dass Integration eine wichtige Voraussetzung ist, um miteinander möglichst konfliktfrei, d.h. problemloser und besser leben zu können. Um eine gute Integration erreichen zu können, braucht es deshalb mehrere wichtige Voraussetzungen. Zum einen sind es die Wohnmöglichkeiten. Wie wird das Angebot von günstigem und gutem, sprich familienfreundlichem Wohnraum für die Familien sichergestellt? Wie wird so einer möglichen Ghettoisierung von Quartieren in den Gemeinden entgegen getreten?

Zum andern ist eine ebenso wichtige Voraussetzung für eine gute Integration, die Sprachbeherrschung der Umgebung. Niemand kann sich optimal integrieren, wenn die Sprache für ihn eine Kommunikationsbarriere darstellt. Fehlende Sprachkompetenz wirkt sich leider immer integrationshemmend aus.

Wenn wir aber in unserer Gesellschaft miteinander und nicht nebeneinander leben möchten, wenn das für uns wichtig ist, dann kann es für die Menschen, die bei uns in einer kulturell und sprachlich fremden Situation leben müssen, nur heissen: sofortige Integration durch intensive Sprachförderung und entgegenwirken von jeglicher Art von Ghettoisierung im Wohnen.

Auch müsste es möglich sein, dass bestehende Infrastrukturen, z.B. Bundesbauten, die nicht mehr benötigt werden oder bei denen eine Umnutzung sinnvoll wäre oder sich sogar aufdrängt, für bauliche Bedürfnisse der öffentlichen Hand genutzt werden könnten. Bei diesen Infrastrukturen müssen alle möglichen Varianten durchgespielt werden, um so möglichst alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen sinnvoll nutzen zu können.

All unsere Anstrengungen für das Erreichen dieser Ziele, die zeitlichen wie auch finanziellen Investitionen, werden sich schlussendlich lohnend auswirken. Die Offenheit und der Wille – von uns einheimischen wie auch von den ausländischen Menschen sind jedoch schlussendlich die wichtigste Voraussetzung zu einer funktionierenden Integration.

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen und ich danke, dem Zweitunterzeichner, Urban Camenzind, Bürglen für seine Unterstützung und bitte Sie, geschätzte Landrätinnen und Landräte, um Unterstützung dieser Interpellation.

Schattdorf, 20.02.2008/DU